

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Gemeinderäte Christian Unger, Mag. Johann Gudenus, Ing. Udo Guggenbichler, Manfred Hofbauer MAS, und Angela Schütz betreffend Verankerung der öffentlichen Wasserversorgung in der Verfassung, eingebracht am 24. Juni 2014 zur Spezialdebatte „Umwelt“ im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte 2013.

"Wasserversorgung - kein Bestandteil der TTIP-Verhandlungen" hieß es noch in einem im Dezember des Vorjahres veröffentlichten Schreiben der Europäischen Kommission. Dass dies nur "seichtes Geplätschere" vor den EU-Wahlen war, zeigt nun ein vom europäischen Dachverband der Gewerkschaften veröffentlichtes "Leak". Laut diesem Positionspapier könnten "öffentliche Dienstleistungen auf nationaler oder lokaler Ebene" sowohl von einem "öffentlichen Monopol" als auch "exklusiv von einem privaten Dienstleister erbracht werden". Nun werde allmählich klarer, woher der Wind wehe und warum Bundeskanzler Faymann Anfang 2014 die geplante EU-Richtlinie betreffend Konzessionsvergaben als Grundlage für eine Wasser-Privatisierung unterstützt habe. Offensichtlich wird hier von langer Hand unter Einbindung unserer Bundesregierung daran gewerkelt, unseren Wasserschatz am Brüsseler Altar zu opfern. Die hinter verschlossenen Türen geführten Gespräche zum TTIP sind der ideale Platz dafür.

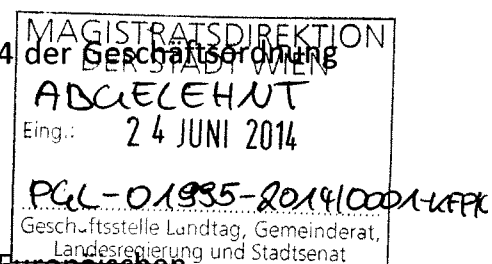
Nach Experten-Prognosen wird der weltweite Wasserbedarf bis 2025 um 40 Prozent steigen. Bei den sich europaweit abzeichnenden Wasserengpässen und weltweiten Verteilungskämpfen um Wasserressourcen steht es außer Diskussion, dass Österreichs reicher Wasserschatz sowie die Wasserrechte nachhaltig und uneingeschränkt in öffentlicher Hand bleiben müssen", "das sind wir unseren nachfolgenden Generationen schuldig. Denn im Kleinen habe der Ausverkauf unseres Wassers längst begonnen, wenn man nur an den Verkauf einiger renommierter österreichischer Mineralwasser-Marken oder auch an den teilweisen Verkauf des Wiener Hochquellwassers denke.

Die österreichische Bundesregierung ist aufgefordert, sich ganz klar und unmissverständlich gegen Privatisierungs - und Liberalisierungsbestrebungen unseres Wassers seitens der EU und internationaler Großkonzerne zu stellen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß §27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g :

Der Wiener Gemeinderat beobachtet mit Sorge die Pläne der Europäischen Kommission, die Trinkwasserversorgung in Europa für den Wettbewerb mit Privaten zu öffnen. Die sichere Bereitstellung von sauberem und bezahlbarem Trinkwasser hat



eine herausragende Bedeutung für das Wohl der Allgemeinheit und ist daher eine kommunale Pflichtaufgabe der Daseinsvorsorge.

Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung auf,

- 1) sich auf europäischer Ebene intensiv gegen eine Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Trinkwasserversorgung einzusetzen.
- 2) die Wassergrundversorgung Österreichs derart verfassungsrechtlich zu regeln, dass kein Ausverkauf an Privatunternehmen möglich ist.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.



A collection of approximately 15 handwritten signatures in black ink, arranged in a loose, roughly circular pattern. The signatures vary in style and legibility. Some are clearly identifiable as names like 'Hofbauer', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch', 'Kersch'. The signatures are written in a cursive, somewhat stylized script.